

Berliner Erklärung, 23.04.2024

Wärmepumpenbranche fordert Maßnahmen zur kurzfristigen Marktbelebung

Nach dem diesjährigen Treffen von Geschäftsführern und Führungspersonen der Wärmepumpenbranche, zieht der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V. eine gemischte Bilanz. Nachdem Absatz- und Installationszahlen von Wärmepumpen über mehr als zehn Jahre stetig gewachsen waren – in den letzten beiden Jahren sogar sehr dynamisch um etwa 50 Prozent –, ist der Wachstumstrend im Laufe der letzten Monate erheblich ins Stocken geraten. Um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen und Abhängigkeiten von Energieimporten zu reduzieren, hatte die Bundesregierung sich vor zwei Jahren das Ziel gesetzt, die Anzahl jährlicher Installationen von Wärmepumpen kurzfristig auf 500.000 zu steigern. Nachdem die Branche im vergangenen Jahr mit 356.000 abgesetzten Wärmepumpen diesem Ziel schon sehr nahe gerückt war, rechnet der Verband im laufenden Jahr mit einem sehr deutlichen Absatzrückgang.

Für die Branche, die in den vergangenen Monaten erheblich in Fertigungs-, Schulungs- und Installationskapazitäten investiert hat und nun in der Lage ist, die notwendigen 500.000 Wärmepumpen pro Jahr zu liefern und einzubauen, ist das eine schwierige Situation. Zumal nicht nur in der Branche Einigkeit darüber besteht, dass sich die Wärmepumpe mittelfristig als Standardheizung durchsetzen wird. So belegen Umfragen ein nach wie vor großes Interesse an der Technologie. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen weg von fossilen Heizungen, sie wollen den Umstieg auf Wärmepumpen und erwarten entsprechende politische Rahmenbedingungen.

Auch die Ampelkoalition hat mittlerweile mit der Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), der Einführung des Wärmeplanungsgesetzes, der Fortsetzung und Anpassung der Förderung (BEG) sowie der Abschaffung der EEG-Umlage längst überfällige politische Maßnahmen für die Wärmewende umgesetzt. Es mag paradox erscheinen, dass der Wärmepumpenabsatz nun ausgerechnet in dieser Situation zurückgeht. Die Branche sieht dafür im Wesentlichen vier Gründe.

1. Mit der novellierten BEG wurde die Heizungsförderung in vielerlei Hinsicht verbessert, u.a. durch die Einführung eines einkommensabhängigen Bonus und durch Verlagerung zur KfW als ausführende Behörde mit vollständig digitalisiertem Antragsverfahren. Dennoch ist das Programm unter Eigentümerinnen und Eigentümern von Gebäuden zu wenig bekannt. Die Veränderungen im Antragsverfahren werden zudem im Handwerk als zu komplex wahrgenommen.
2. Die kontroverse Debatte um das Gebäudeenergiegesetz hat für Verunsicherung gesorgt. Dabei haben viele Menschen den Überblick verloren, welche Regeln nun für sie selbst gelten und was sie beim Austausch ihrer Heizung berücksichtigen müssen. Nach der Verabschiedung des GEG entstand vielfach der Eindruck, dass für die kommenden Jahre bis zum Vorliegen der kommunalen Wärmepläne ab 2026 zunächst gar keine Vorgaben gelten würden.
3. In der Wahrnehmung des Wärmeplanungsgesetzes besteht häufig die Fehleinschätzung, dass mit den Wärmeplänen eine fundierte und verbindliche Planungsgrundlage für private Investitionen erstellt würde. Dabei sind die Wärmepläne laut Gesetz weder abschließend noch verbindlich. In den meisten Versorgungsgebieten dürfte zudem bereits heute feststehen, dass dort weder mit einem Fernwärmeausbau noch mit einer Umstellung von Erdgas zu Wasserstoff zu rechnen ist.

4. In dieser von Verunsicherung geprägten Situation verleitet das aktuelle Preisverhältnis von Strom zu Gas trotz hoher Kostenrisiken dazu, zunächst weiter auf fossile Energieträger zu setzen. Denn der Marktpreis für Erdgas ist über den letzten Winter deutlich gesunken – was über die mittelfristig zu erwartenden Preissteigerungen durch den CO₂-Preis hinwegtäuscht.

Für die konsequente Fortführung des Wärmepumpenhochlaufs erwartet die Branche von der Politik, ein Zeichen an die Verbraucherinnen und Verbrauchern zu setzen, dass sich Abwarten beim Thema Heizung nicht lohnt. Insbesondere die Absenkung der Strom- und Mehrwertsteuer sind zentrale Hebel, um ein Verhältnis des Strompreises zum Gaspreis von weniger als 2,5 : 1 herzustellen. Der Vergleich mit anderen europäischen Staaten zeigt, dass dies Investitionsentscheidungen zugunsten erneuerbarer Wärme anreizen würde.

Des Weiteren braucht es mehr Aufklärungsarbeit zu den neuen Rahmenbedingungen am Wärmemarkt und mehr Information zur neuen Heizungsförderung. Mit Blick auf die aktuellen Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2025 gilt es, der BEG dauerhaft ein ausreichendes Budget für den Wärmepumpenausbau einzuräumen. Zur Ehrlichkeit gegenüber Verbrauchern gehört auch, dass eine Rücknahme der GEG-Novelle in der nächsten Legislaturperiode jegliche Planungsgrundlagen unterlaufen würde und sich nicht mit den Klimazielen vereinbaren ließe.